

Aus der Vorstandssitzung

7. Juni 2000

Regularien überwiegen zwar wie in fast jeder Vorstandssitzung, geprägt wurde die Juni-Sitzung jedoch von zwei Dingen; einer grundsätzlichen Debatte über die Finanzen der Sächsischen Landesärztekammer und einer vom Präsidenten angeregten Bestandsaufnahme dessen, was nach einem Jahr Tätigkeit des neuen Vorstandes von den selbstgesteckten Zielen erreicht wurde.

Regularien:

■ Wie üblich waren wieder eine Reihe berufsrechtlicher Dinge zu klären, die dem Vorstand vom entsprechenden Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt wurden. Leider ist es immer wieder notwendig, berufsgerichtliche oder Rügeverfahren einzuleiten, wenn die Berufsordnung fortgesetzt missachtet wird. Über den Stand dieser Verfahren sowie über den Stand der verwaltungsgerichtlichen Verfahren der Sächsischen Landesärztekammer berichtete die juristische Geschäftsführerin.

■ Nachbereitung des 103. Deutschen Ärztetages in Köln. Auf ihm wurden auch wichtige Dinge entschieden, die auch für sächsische Ärzte Bedeutung erlangen werden, wenn sie in Landesrecht überführt sind. Dazu zählt die angestrebte Neufassung der *Weiterbildungsordnung*, die *Änderung der Berufsordnung* zum Beispiel hinsichtlich der Information von Patienten sowie der geplante *Umzug der Bundesärztekammer* von Köln nach Berlin, bei dem ein Standort und Bau gemeinsam mit der Kassennärztlichen Bundesvereinigung befürwortet wird.

Auf diesem Ärztetag stimmte die sächsische Delegation gemeinsam mit vier weiteren Kammern gegen den Haushaltsentwurf der Bundesärztekammer, der ihrer Meinung nach auch „berlinbereinigt“ eine zu hohe Steigerungsrate aufwies, wenn auch alle Positionen gut begründet und stringent kalkuliert sein mögen. Eine unmittelbare Auswirkung hatte dieses Abstimmungsverhalten jedoch nicht, da mehr als zwei Drittel der Kammern für den Entwurf votierte. Die Beiträge

zur Bundesärztekammer werden von den Landesärztekammern aufgebracht.

■ Die Nachbereitung der Festveranstaltung „10 Jahre Sächsische Landesärztekammer“ in Dresden und Stand der Vorbereitung des 10. Sächsischen Ärztetages (22. Kammerversammlung) am 30. Juni und 1. Juli 2000, auf dem die Verwaltungsgremien der Sächsischen Ärztesversorgung neu gewählt werden, waren weitere Beratungspunkte.

Finanzen:

Im Bericht über die Inanspruchnahme unseres Kammerhaushaltes bis Ende April 2000 kommt die weiter gewachsene Beitragsdisziplin der Mitglieder auf der Einnahmenseite zum Ausdruck.

Die Inanspruchnahme liegt im planerischen Limit. Sorge bereitet für die nahe Zukunft, dass die Beitragseinnahmen bei ständig steigender Anforderungen an die Sächsische Landesärztekammer in diesem und den nächsten Jahren jeweils leicht rückläufig erwartet werden, da vor allem die Umsätze der niedergelassenen Ärzte rückläufig sind. Alle Vorstandsmitglieder sprachen sich wegen und in dieser Einnahmensituation der Ärzte gegen eine Beitragserhöhung aus, deshalb kamen alle Ausgabenpositionen auf den Prüfstand, wobei es kein Tabu gab.

In Rechnung setzen muss man zusätzlich, dass die Kosten für die Sächsische Landesärztekammer wie überall wachsen. So haben sich beispielsweise die Ausgaben für die Bundesärztekammer innerhalb weniger Jahre vor allem wegen der schrittweisen Reduzierung der Ostabschläge fast verdoppelt und Personalkosten wachsen auch in unserer Kammer. Man wird sich hierbei bewusst, dass es großer Anstrengungen bedarf, die Beitragssätze in dieser Situation – und diese über Jahre – stabil zu halten.

Berufspolitik – Bilanz eines Jahres

Die Berufspolitik in Sachsen ist gekennzeichnet durch ein erfreuliches Näherkommen der beiden ärztlichen Selbstverwaltungskörperschaften – vielleicht

auch als Zeichen von „Notgemeinschaft“.

Der Präsident legte dem Vorstand alle Punkte des berufspolitischen Programms des Beginns der Legislaturperiode im Juni vorigen Jahres einzeln zur Bilanzierung vor. Bei dem erstgenannten Punkt „Zusammenarbeit der Körperschaften“ fällt diese erfreulich positiv aus, dank der Bemühungen beider Seiten.

Deutlich erschwert sind die Rahmenbedingungen, unter denen beide Körperschaften jetzt unter grün-roter Verantwortung auf Bundesebene agieren müssen.

Budgetierung soll zum Dauerzustand werden – diese populistische Zielstellung der Ministerin ist zwangsläufig in Raten zum Absterben verurteilt, wenn das erreichte Versorgungsniveau im Gesundheitswesen aufrecht erhalten werden soll. Auch die Leistungserbringer Sachsens haben sich im „Bündnis Gesundheit 2000“ mit vielfältigen Aktionen unter Federführung der Sächsischen Landesärztekammer gegen eine Schein-Gesundheitsreform eingebracht.

Da die Gesundheitspolitik von Ministerin Fischer in der Substanz überhaupt nicht geändert wurde, müssen die Partner des „Bündnis Gesundheit 2000“ auf Landes- und Bundesebene nicht als Lobbyverein, sondern im Interesse der Patienten, ihre Aktionen deutlich verstärkt und effektiv weiterführen.

Diese Engagement kostet Zeit, Kraft, Geduld und Ausdauer. Wer aber meint, dies „den Anderen“ überlassen zu können, darf über Folgen nicht klagen.

Allerdings wäre unproduktiver Aktionismus eher schädlich. Aus diesem Grunde hat das Bündnis weiterhin eine herausragende Bedeutung. Dem trägt die Sächsische Landesärztekammer Rechnung. Schade, dass auf diese Weise so viel Kraft verschlissen wird, die für unsere Patienten direkt aufgewendet viel nützlicher sein könnte.

Dr. med. Günter Bartsch
Vizepräsident